

# Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhofs 3606—3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Monatlich 3,00 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamteinhalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verhändler mit Ausnahme der bestimmten Nummern. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 15 Pf.] • Nr 170

MONTAG, 10. APRIL 1933

ABEND-AUSGABE

## Das neue Anwalts-Gesetz Die Reichsregelung

Das Statut der Anwaltschaft

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

### § 1

Die Zulassung von Rechtsanwältinnen, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Reichsgesetzbl. I, S. 175) nicht-ärztlicher Abstammung sind, kann bis zum 30. September 1933 vorgenommen werden.

Die Vorschriften des Abs. 1 gilt nicht für Rechtsanwälte, die bereits seit dem 1. August 1914 zugelassen sind oder im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkriege gefallen sind.

### § 2

Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft kann Personen, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Reichsgesetzbl. I, S. 175) nicht-ärztlicher Abstammung sind, verweigert werden, auch wenn die in der Rechtsanwaltsordnung hierfür vorgesehenen Gründe nicht vorliegen. Das Gleiche gilt von der Zulassung eines im § 1 Abs. 2 bezeichneten Rechtsanwaltes bei einem anderen Gericht.

### § 3

Personen, die sich in kommunalrechtlicher Hinsicht befinden, sind von der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen. Bereits erteilte Zulassungen sind zurückzunehmen.

### § 4

Die Justizverwaltung kann gegen einen Rechtsanwalt bis zur Aufhebung darüber, ob von der Befugnis zur Zurücknahme der Zulassung gemäß § 1 Abs. 1 oder § 3 Gebrauch gemacht wird, ein Verbotserkenntnis erlassen. Auf das Verbotserkenntnis sind die Vorschriften des

§ 11b Abs. 2-4 der Rechtsanwaltsordnung (Reichsgesetzbl. I, S. 120) entsprechende Anwendung.

Gegen Rechtsanwältinnen der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Art ist das Verbotserkenntnis nur zulässig, wenn es sich um die Anwendung des § 3 handelt.

### § 5

Die Zurücknahme der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft gilt als wichtiger Grund zur Kündigung der von dem Rechtsanwalt als Dienstberechtigtem abgeschlossenen Dienstverträge.

### § 6

Ist die Zulassung eines Rechtsanwaltes auf Grund dieses Gesetzes zurückgenommen, so finden auf die Kündigung von Richter-Einkünften über die Zulassung der Zulassung für sich oder seine Familie gemietet hatte, die Vorschriften des Gesetzes über das Kündigungsrecht der durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betroffenen Personen vom 7. April 1933 (Reichsgesetzbl. I, S. 75) entsprechend Anwendung. Das Gleiche gilt für Angestellte von Rechtsanwälten, die dadurch Stellunglos geworden sind, daß die Zulassung des Rechtsanwaltes zurückgenommen oder gegen ihn ein Verbotserkenntnis gemäß § 4 erlassen ist.

Berlin, den 7. April 1933

Der Reichsminister, gez. Hiltner.

Der Reichsminister der Justiz, gez. Gürtner.

### \*

Durch dieses Gesetz sind die von den Landesjustizverwaltungen getroffenen weitergehenden Maßnahmen, die nur vorläufigen Charakter haben konnten, überholt und gegenstandslos geworden. Das Notariat ist in den einzelnen Ländern verschieden geregelt. Soweit die Notare Beamte sind, fallen sie unter das Beamtengesetz. Soweit das nicht der Fall ist, gelten die Bestimmungen der Landesgesetzgebung.

## Vapen und Göring in Rom

Herzliche Begrüßung von italienischer Seite

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 10. APRIL

Ministerpräsident von Vapen und Gattin sind Sonntag früh (abends um 8.30 Uhr) in Rom eingetroffen. Auf dem abgesehenen Bahnhof wurden sie vom Deutschen Botschafter beim Quirinal, von Gallei, und vom deutschen Botschafter beim Vatikan, Baron von Ritter, empfangen. Da die Reise von Vapen privaten Charakter trägt, war von den italienischen Behörden nur ein höherer Beamtenbeamter des Außenamtes zugegen. Dem Botschafter wurde aus den wartenden Säulen überliefert vom Publikum der römische Gruß entgegengebracht.

Über die Einstellung seiner römischen Offiziere ist bisher noch nichts bekannt, außer daß Botschafter von Saffel ihm zu Ehren am Dienstag ein Diner in der Deutschen Botschaft veranstaltet wird. Botschafter von Vapen hat eine Rundfahrt durch die Stadt unternommen und dabei auch die Feiern-Übersicht-Ausstellung der faschistischen Partei besichtigt, wo er von Mitgliedern des faschistischen Direktoriums, Marcialti, empfangen wurde. Uebrigens hat die Wollfart dem deutschen Botschafter einen Beamten des Außenamtes bis an die Grenze entgegengeführt, um ihm seinen

persönlichen Willkommensgruß beim Betreten des italienischen Bodens entgegenbringen zu lassen.

Von Vapen wird bis zum 18. April in Rom bleiben und dabei selbstverständlich auch Mussolini besuchen. Dem „Reiseger“ erlaubte von Vapen, daß auch Göring über Ostern in Rom bleiben wird.

Reichsminister Göring ist mit seinem Gefolge heute mittags auf dem nördlichen römischen Militärflugplatz nach einem reichhaltigen veranlassenen Flug München-Rom von 3½ Stunden eingetroffen. Auf der letzten Strecke hatte Göring selbst die Steuerung geführt. Zum Empfang hatte sich außer dem deutschen Botschafter von Saffel und dem Personal der Botschaft auch der italienische Luftfahrtminister Balbo eingeladen, der den deutschen Gästen eine Fliegerstube von neun Flugzeugen entgegengeführt hatte.

Auch die Prinzessin Mafalda, Gattin des Prinzen von Hessen, des nationalsozialistischen Landesführers für Italien, war zugegen und holte ihnen gleichzeitig aus München eingetroffenen Gästen ab. Zahlreiche Filmoperatoren nahmen die Szene der herzlichsten Begrüßung zwischen Göring und dem italienischen Luftfahrtminister auf.

Göring wohnt als Gast beim Prinzen von Hessen im Schloß Capota außerhalb der Stadt Rom. Er kehrt zusammen mit Balbo die zu seinen Ehren aufgestellte Fliegertruppe ab. Ueber hundert Flugzeuge waren zur Begrüßung Görings aus den Hallen gezogen worden.

## Neuer Polizeipräsident von Karlsruhe

Der bisherige SA-Standartenführer in Wülfrath, Oberleutnant a. D. Wagbauer, ist für den zum „Gruppenführer“ ernannten bisherigen Polizeipräsidenten Ludwig von Polizeipräsidenten von Karlsruhe ernannt worden.

Das Reichsministerium hat als auf Grund des Ermächtigungsgesetzes gefasste Beschlüsse in seiner Sitzung am Freitag beschlossen, daß die Bestimmungen aus dem Beamten-Gesetz, soweit sie sich auf Juden beziehen, auch bei den Rechtsanwältinnen auf Grund einer reichsgerichtlichen Regelung zur Anwendung zu bringen sind. Im Laufe des heutigen Tages soll das Gesetz, das eine Novelle zur Rechtsanwaltsordnung betrifft, verabschiedet werden. Damit wird der juristische Zustand, der sich infolge der Eingriffe in den Gerichtsstand am 31. März, dem Tage vor der Boykottaktion, herausgebildet hatte, sein Ende finden. Gleichwohl hat der Kommissar für den Vorstand der Berliner Anwaltskammer eine Liste der von ihm zugelassenen Anwälte veröffentlicht. Diese Liste ist bemerkenswert auch durch die Namen, die sie nicht enthält. Wir wollen nicht die zahlreichen Namen dieser Anwälte, die zu dem Ansehen der Berliner Anwaltschaft, sei es durch ihre wissenschaftlichen Werke, sei es durch ihre forensischen Leistungen, sei es durch die Vertretung der Gedanten der Reichspolizei und der Anwaltschaft in der Öffentlichkeit, so viel beizutragen haben, und die in dieser Liste fehlen, weil sie nicht als deutschstämmig angesehen werden. Wir wollen nur an jenen Namen erinnern, der am 3. April 1934 waren der deutschen National-Verammlung der Reichsministerialrat Wilhelm IV., die deutsche Kaisertrone an der Spitze der am 18. September 1932 als Führer der Deputation des Deutschen Reichstages König Wilhelm I., um die Annahme der deutschen Kaisertrone mit ihrer Hebe, die dem Kronprinzen, wie er in sein Sarghaus abgedellt, helle Tränen entlief, den Wilhelm I. auf Bismarcks Antrag 1879 zum ersten Präsidenten des deutschen Reichspräsidenten machte, und dessen Enkel in der Berliner Anwaltsliste vom 8. April 1933 fehlen, nicht obwohl, sondern weil sie Eduard von Simson zum Oberbürger gewählt haben.

Der Kommissar des Vorstandes der Anwaltskammer bringt bei der Aufzählung der „nicht deutschstämmigen“ Anwälte, gegen deren verlässliche Aufzählung „keine Bedenken“ zu äußern, zum Ausdruck, daß die „nicht deutschstämmigen“ Anwälte nicht mehr als zugelassen angesehen seien. Diese Auffassung steht in einer juristisch nicht lösbaren Widerspruch zu der gleichzeitigen Mitteilung, daß die von solchen Anwälten vertretenen Parteien im Anwaltsprozess Berufsgerichtsbarkeit zu gemäßen hätten, wenn sie sich nicht eine andere Vertretung beschafften. Denn wenn der bisherige Prozessvollmächtigte gelöscht ist, so ist gemäß § 244 der Zivilprozessordnung der Prozess unterbrochen, und der Lauf einer jeden Frist aufhört und Urteile unzulässig werden. Eine in sich widersprechende Auffassung wird von dem beauftragten Reichsgericht abgelehnt.

Für die Zeit bis zum Erlaß des Reichsgesetzes hat der Kommissar des Vorstandes der Anwaltskammer 35 Anwälte, die er als jüdisch anseht, Ausweiserkarten zum Betreten der Gerichte ausgeben. Die Zahl 35 stellt ungefähr ein Prozent der bei den Berliner Anwälten am 31. März 1933 zugelassenen Anwälte dar. Dieses eine Prozent wird als das Verhältnis der jüdischen zu der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches angesehen. Gibt man die Jüdischkeit einer solchen Verhältniszahl an, so liegt zunächst auf der Hand, daß man sich das Verhältnis der Bevölkerung zur Bevölkerung zugrunde legen müßte, die der Gerichtsbarkeit der Berliner Gerichte unterworfen ist, für die die jüdische Bevölkerung als Verhältnisprinzip gleichmäßig vorzuziehen ist. In Berlin aber ist das Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zum Gesamtbevölkerung zweifelsfrei sehr viel größer als ein Prozent. Da man aber unter den Anwälten die Sonderung nicht nach dem Glaubensbekenntnis, sondern nach der Abstammung vornimmt, so müßte man auch bei der Ermittlung des Bevölkerungsverhältnisses die gleichen Grundbegriffe wahren lassen.

Es ist heute nicht der Zeitpunkt, das Nachsprinzip, das zum Nachsprinzip vom 7. April 1933 zum ersten Male gesetzlich angewandt worden ist, an sich zu diskutieren. Es wird für alle Menschen, denen ein Glaube, gleichviel welcher Art, Sargenose ist, schwer zu ertragen sein, daß das Glaubensbekenntnis völlig hinter der Abstammung zurücktritt. Es wird aber in erster Linie Gode der christlichen Kirchen sein, sich zu der Frage zu äußern, wie sie die Aufnahme eines in anderem Glauben Geborenen in ihren Schoß bewerten wollen. Obwohl sich zahlreiche Übertritte aus rein äußerlichen Gesichtspunkten ableiten. Aber nach dem jetzigen Stande wird auch durch diese Übertritte kein protestantisches Christentum als ihren größten Erfolge verehrt. Dem Arierprinzip zum Opfer fallen, weil er als David Mendel geboren ist. Mendel's Pfarrer könnte unter das Beamtengesetz fallen. Und auch diejenigen Juden, welche zum Christentum übergetreten sind,

## Osterferien der Reichsregierung

Reichsminister Gürtner wird im Laufe des heutigen Tages, Berlin verlassen, um einige Tage im Süden zu verbringen. Er wird am Dienstag nach Ostern nach Berlin zurückkehren. Reichsminister Goebbels verläßt am Mittwoch Berlin für einige Tage über Osnabrück. Reichsminister von Neurath begibt sich Mittwoch in Urlaub.

# National — nicht ohne sozialistisch

Göring auf der Kundgebung der N.S.B.O.

wel für dies für den richtigen Ausdruck ihres Weltanschauung zum Ausdruck bringen — man denke nur an die Bewegung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts — müßten sich darüber belehren lassen, daß kein Weltanschauung und kein geistiger Wandel gegenüber physiologischen Zuständen ins Gewicht fällt.

Die zeitgeschichtliche Regelung, die jetzt kommt, hält am Abkommensprinzip, aber nicht am Vorkriegsfall fest. Sie berücksichtigt alle Zustände, die auch der radikale Anhänger der kommunistischen Bewegung kennen gelernt hat. Die vierjährige Vermehrung im Beruf und die Kriegsteilnehmererwerb. Wer am 1. August 1914 schon Anwalt war, bleibt Anwalt, und wer im Weltkrieg an der Front für Deutschland oder seine Verbündeten getämpft hat oder den Verlust eines Vaters oder Sohnes im Weltkrieg zu betrauen hat, bleibt ebenfalls in der Rüte der Anwälte. Es mag sein, daß dadurch nicht wenige Entzungen geteilt werden, die schwer zu ertragen sind, und das Gewicht dieser Zustände soll in so aufreger Zeiten nicht vernachlässigt werden. Aber man darf darüber nicht vergessen, daß diese Regelung immer noch sehr vielen den Lebensfaden abkürzt. An sich berechtigt ist die hohe Bewertung des Kriegesdienstes an der Front. „Zeitlebende“ verdienen eine Berücksichtigung, aber wie sieht es mit denen, die durch Alter oder Gebrechen untätig waren? Auch unter den Angehörigen der deutschen Jurisprudenz befindet sich niemand, der jemals „A.“ oder „V.“ gemacht hätte.

Vor allem ist diese Regelung eine schwere Benachteiligung der Jungen. Am 1. August 1914 konnte noch der vor dem Krieg getriebene Regelung der juristischen Laufbahn Anwalt sein, wer mindestens 25 Jahre alt war. Im Jahre 1914 an der Front kämpfen konnte wohl niemand, der später als 1900 geboren war. Man kann also sagen, daß zur ersten Anwaltsprüfung der Zweidrittelteil nicht geboren, die jüngere als 45 Jahre hind, zur zweiten die, welche jünger als 35 Jahre sind. Danach kann man ungefähr erkennen, daß sehr viele von den gegenwärtigen Anwälten aus ihrem Beruf ausscheiden müssen, — um gar nicht von denen zu sprechen, denen jetzt der Zugang zum Beruf verweigert ist.

## Staatssekretär Bismarck scheidet aus

Grauert als Nachfolger

Im Staatssekretariat des Preussischen Innenministeriums ist ein Wechsel eingetreten: an Stelle des bisherigen Staatssekretärs Herbert von Bismarck, Reichsausschusspräsidenten der Deutschen Nationalen Volkspartei, ist Ministerialdirektor Grauert, der Leiter der Polizeibehörde des Innenministeriums, der politisch zur NSDAP gehört, Staatssekretär im Innenministerium geworden. Staatssekretär von Bismarck wurde mit der Aussicht auf anderweitige Verwendung in den einflussreichen Ruhestand versetzt. Staatssekretär Herbert von Bismarck, ein Großsohn des Ministerpräsidenten, Grafen von Bismarck, dem ältesten Bruder des Fürsten, war noch im Januar 1933 unter Reichskommissar Dr. Pracht Staatssekretär im Innenministerium geworden. Politisch ist er in der Öffentlichkeit während der letzten Zeit mehrfach als Führer deutschnationaler Jugendverbände hervorgetreten. Von Bismarck war ursprünglich Kandidat des Reiches Regenwalde in Pommern, in dem auch sein Ort Saubitz liegt. Als Kandidat war er unter der Regierung Brünn wegen politischer Betätigung in den einflussreichen Ruhestand versetzt worden.

Der neue Staatssekretär des Preussischen Innenministeriums, Grauert, entstammt der juristischen Laufbahn, er war ursprünglich Staatsanwalt in Potsdam. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst wurde er Geschäftsführer des Reichsverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Reichs Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. In dieser Eigenschaft ist er als Arbeitgebervertreter bei vielen wichtigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hervorgetreten, eine führende Rolle hat er in dem großen Arbeitskampf in der nordwestdeutschen Eisenindustrie im Jahre 1928 gespielt.

Als Grauert im Februar die Polizei-Verwaltung des Innenministeriums als Reichsleiter und stellvertretender Dr. Winterer übernahm, hat er den Umbau der Abteilung durchgeführt; unter ihm entfiel in der Polizei-Abteilung die besondere Unterabteilung Schutzpolizei mit einem Chef der Schutzpolizei für ganz Preußen gebildet, unter ihm hat die Politische Polizei ihren Namen, zentral geleiteten Aufbau erlangt.

Jetzt übernimmt Grauert, der im 42. Lebensjahre steht, außer der Vermaltung der Polizei als nächster Mitarbeiter des Ministers die Leitung der Polizeiverwaltung, die alle folgenden Zweige der inneren Verwaltung, besonders die kommunale Polizei und die Personalpolitik. Etwas entfernt wird in Zukunft in Preußen deshalb besonderes Gewicht zukommen, weil sein Minister vorwiegend hauptsächlich auch das Amt des Ministerpräsidenten zu verwalten werden wird.

## Kommisär z. B. W. Albrecht

Der Oberpräsident von Brandenburg, Ruhe, hat im Einvernehmen mit Minister Göring den nationalsozialistischen Reichsausschusspräsidenten Albrecht zum besonderen Kommissar für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. ernannt. Albrecht, ein Mitglied des Reichsausschusses, wurde dieser Stelle seit 1930 Reichsleiter der NSDAP in Frankfurt a. O. und jetzt schon Oauderichtssekretär.

## Landeshauptmann Hübener i. R.

Eines Verlangens der nationalsozialistischen Fraktion des Landtages der Provinz Sachsen entsprechend hat der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Dr. Süßener, sich entschlossen, um seine Beteiligung in den Ruhestand einzutreten. Dr. Hübener gehörte der Staatspartei an.

## Auflösungsbeschlüsse bei der Volkspartei

Die vorkriegsständigen Parteivertreter aus Westfalen und Rheinland haben beschlossen, die Parteiorganisation aufzulösen und der Mitglieder den Schlüssel an die NSDAP zu empfangen. Mitte dieser Woche hat der Zentralausschuss der Reichs Volkspartei zusammengetreten, um sich mit der Frage der zukünftigen Parteiorganisation zu befassen.

Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, Graf Goring, hielt am Sonntag vormittag im Sportplatz eine Mitteilungsveranstaltung ab, die für den Besuch aufwies, daß der Sportplatz noch wenige Minuten nach der Einlieferung bis auf den letzten Platz gefüllt war und die Veranstaltung politisch geschlossen wurde; viele Tausende fanden keinen Einlass und blauten sich hinter den zeitigen Absperrungen.

Als erster Redner sprach der Landesobmann der N.S.B.O. und Oauderichtssekretär Johannes Engel, M. d. V. Die N.S.B.O. habe die Aufgaben des Marxismus in den Betrieben erobert, und das heute die Führer der marxistischen Gewerkschaften finden, um auch weiter zu kämpfen. Die Arbeiterhände gegen die N.S.B.O. seien aber nicht nur dem Marxismus ausgesetzt, sondern auch von den Arbeitgebern, die den Nationalsozialisten oft mehr zugehört hätten als die Marxisten selbst. Heute aber lage man ihnen: „Ihr seid nur dienstbare Götter.“ Wir erkennen den Arbeitgeber nicht als Arbeitgeber an, es gibt jetzt nur einen Arbeitgeber, das ist die Nation, das Volk. Ohne das Volk seid ihr ein Dämon Derrt.“ (Zwischenruf: Weiland). Der Redner setzte sich dann auseinander, daß ein Direktor eines Berliner Stahlwerks Wertes sich nach seiner Vorbildung erlaubt habe, Engel anzuweisen, daß, daß er 10 Semester auf der Universität absolviert und sich kein Wissen durch eigenen Fleiß erworben habe. Dann sei er in die praktische Schulaube des Lebens gegangen und habe dort mehr gelernt, als mancher Doktor und Direktor, nämlich vor allem Arbeit.

Engel ging dann auf sozialpolitische Fragen ein. In wenigen Monaten würden die Gewerkschaften zerfallen sein. Schon heute gingen die Zahlungen ihrer Mitglieder nur noch langsam ein, bald werde nur noch der „Führer“, nur noch die letzten Gewerkschaftsführer vorhanden sein. Was bisher an Sozialpolitik vertrieht worden war, sei Stückwerk geblieben. Die gesamte Nation müsse Träger der Befreiung für unsere Alten sein, denn der Kulturkampf eines Volkes sei auch daran zu erkennen, wie es seine Alten verlor.

## Görings Rede

Dann sprach Reichsminister Göring. Er betonte, es gebe nicht an, nur immer von der nationalen Revolution zu reden, wie es in der letzten Zeit häufig geheißen sei. Nicht nur der deutsche Nationalismus habe gefehlt, sondern auch der deutsche Sozialismus. „Nur wer sich zum deutschen Sozialismus bekennt, ist wahrhaft national.“ Ein Reich könne nicht groß und berechtigt gefehlt werden, wenn in seinem Inneren ein Teil Partei sein müßte. Das Reich könne erst gefehlt werden, wenn auch die letzte Sozialklasse zu dem Bewußtsein gelangt, daß es zum deutschen Volke gehöre. Dann erst könnten nationale Probleme gelöst werden, wenn sich Teile des Volkes nicht mehr ausgegliedert fühlten. Die Voraussetzung des Nationalismus sei, daß auch die sozialen Probleme gelöst würden.

## Die deutschfeindliche Welle in Polen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung.

WARSAU, 10. APRIL

In Lodz kam es am Sonntag nachmittag zu schweren deutschfeindlichen Ausdrückungen. Als Polizei vor dem Konflikt einstrich, wurden Steine aus der Menge geworfen, die u. a. das am Konfliktplatze angeordnete deutsche Polizeigebäude beschädigten. Andere Demonstranten drangen in die Druzei des deutsch-bürgerlichen Widerstandes „Freie Presse“ ein, demotieren einen Teil der Einrichtung. Auch die sozialdemokratische deutsche „Arbeiter Zeitung“ wurde nicht verschont. Dort rief man ein Schild ab und schlug die Schulmeister ein. Im Lodzger deutschen Gymnasium geriet die Menge die Einrichtung mehrerer Schulzimmer. Die Polizei legte sich erst durch, als sie heftige Verhaftungen erhielt. Eine Anzahl von Demonstranten wurde verhaftet. Der Gewerkschaften von Lodz hat nach gestern auch den deutschen Konflikt aufgeführt und ihm sein Bedauern über die Vorfälle ausgesprochen.

Man chin anderen Städten kam es gestern zu neuen deutschfeindlichen Ausdrückungen. In Genshauw wurde ein Kino, das nach einem deutschen Film vorläufig geschlossen wurde, in Brand gesetzt. In Warschau schlug die Jugendgruppe der Legionäre zusammen mit mehreren politischen Studentenorganisationen für heute nachmittag eine „Aktion“ zur Durchscheidung des Boykotts deutscher Zeitungen und Bücher an. Zur Durchführung der Stimmung hat vor allem die Bevölkerungswirtschaftliche Darstellungen über die englische Währungsbindung dreier polnischer Studenten in Breslau beigetragen.

Die Agitation gegen Deutschland wird sich sogar in der polnischen Presse ausbreiten. Es wurde nach Meldungen der polnischen Presse von einem Warschauer Gericht der Antrag einer reichsdeutschen Firma auf Vollstreckungsbegehren in einem Verleumdungsprozess mit der Begründung abgelehnt, daß Schwinder würde keine Gegenforderung in Deutschland als polnischer Staatsbürger verurteilt nicht verurteilt werden können.“

„Nun bedeutet, ist andererseits, daß auch in Polen Stimmen höher werden, die die Aufregungen ablehnen. Es erzieht der polnische Schwärmerband die Boykottbewegungen. Gefahren einen Aufbruch, in dem er auf die traditionelle polnische Kultur zurückgeht und erklärt, die berechtigte Erregung und Entfaltung zurückzuführen und alle Bergeungsmaßnahmen gegen das Deutsch-

Reichsminister Göring legte dann dar, daß das Fürsicht in der Stelle des Nationalismus einen eben Durra-Patriotismus gemacht habe, ebenso wie der Marxismus den Sozialismus lediglich zu einer reinen Interessen- und Materieerkenntnis habe. Beide Begriffe müßten wieder getrennt werden, beide Begriffe seien jetzt in Nationalsozialismus ein geworden, und als kristallfeste Einheit habe sich jetzt aus ihnen der deutsche Nationalsozialismus herausgebildet.

Reichsminister Göring ging dann auf das neue Gesamtverhältnis ein und erklärte, daß die deutsche Einheit, die seit Jahrhunderten Traum und Sehnsucht des Volkes gewesen sei, durch ein einziges Gesetz geschaffen worden sei. Nun sei der starke Mann vorhanden, der die Länder wie eine eiserne Klammer umfasse und in dem das Volk zu einer Einheit zusammengeführt werden könne. Reichsminister Göring wies dann darauf hin, daß sich jetzt die Konjunkturen als Begleiterscheinung gelte, und er machte zur Klarheit vor den neuen Nationalsozialisten, denn das nicht das äußere Reich, nicht das Reich und der Welt-Großmacht es, sondern das Herz allein entscheidend. „Wir wollen keine Nationalsozialisten aus dem Ausland heraus, aus dem Reich heraus muß die Gestaltung kommen.“ So ist auch nicht Größe der Nationalsozialisten, heimliche Größe zu haben, denn es liegt ja nicht alle von Geburt Nationalsozialisten gewesen. Man werde großartig sein, aber dort wo wertvolle Verdienste gefehlt seien, müsse die gerechte Vergeltung unerlässlich einleiten.

Zu dem neuen Beamtengefüge übergehend, erklärte Reichsminister Göring, daß es ein Schwere Gesetz und Gesetzgebung sein müsse, die sich anständig machen. Das habe auch niemand anders als der Minister selbst die letzte Entscheidung zu fällen. Das Gesetz dürfe nicht dazu führen, daß jeder persönliche Rache ausüben könne. Der Richter sei, der der Beamte für den Staat, oder wieder das Volk sei. Der Minister wandle sich dann gegen die Denunzianten und erklärte: „Aber denunziert, begehrt sich schon selbst!“ Jeder habe das Recht, anzufangen, wenn aber die Anklage falsch sei, dann müsse den Ankläger die Strafe des Gesetzes dafür treffen, daß er verurteilt wurde. „Aber nicht jeder, der heute zum Nationalsozialismus komme, tue dies aus Konjunkturgründen, es gäbe auch Millionen, die infolge der Verurteilung der Gegner bisher nicht wußten, was Nationalsozialismus sei und denen plötzlich die Schwuppen von den Augen fielen.“

Die Polizei habe die äußeren Formen des Marxismus vernichten können, jetzt müßten die Nationalsozialisten die marxistische Idee zerstören. Voraussetzungen dafür seien die Treue zum Führer Adolf Hitler, eiserne Disziplin und unerschütterlicher Glaube, daß Deutschland leben müsse. Jetzt gelte ein Wort „Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit für unser Volk.“ Mit den Worten „Friede an die Zeit, Gott segne unser Volk!“ schloß der Minister.

zum zu unterlassen. Der Schützenverband ist eine halbpolitische, fast von den Behörden gebildete Organisation.

## Die letzten Bonkott-Plakate entfernt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. APRIL

Die in einzelnen Teilen Londons noch verbliebenen Plakate, die dem Bonkott der Deutschen Waren empfohlen wurden, sind gestern entfernt worden. Die letzten Plakate sind künstlich entfernt worden. Bei diesem Vorgang hat Scotland Yard in Übereinstimmung mit dem englischen Innenministerium gehandelt.

Die Londoner Polizei hat ebenfalls die Zurückweisung von Transparenten, auf denen gegen die Sonderbehandlung der deutschen Waren protestiert wurde und die zum Zweck einer Demonstrationenveranstaltung aufgerufen, verboten, während die Beschlagnahme selbst und die Beteiligung von Flugblättern gestattet wurde.

PARIS, 10. APRIL

In Lyon hatte gestern Bürgermeister Perrot eine Protestversammlung gegen die antifeindlichen Maßnahmen in Deutschland organisiert, an der auch offizielle Vertreter der katholischen Kirche und der Protestanten teilnahmen.

## Die neue Flaggenordnung

Die angeordnete neue Flaggenordnung des Reichspräsidenten ist im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht worden. Bis zur endgültigen Regelung der Reichsflagge wird darin folgendes bestimmt:

Reichsflagge: Schwarz-Weiß-rot mit goldenem Balken in weißem Mittelfeld.

Die Reichsflagge der Reichsbehörden zur See: Schwarz-Weiß-rot mit Weißbalken.

Die Reichsflagge des Reiches führen auf Binnenwasserläufen Schwarz-Weiß-rot, zur See die Reichsflagge; soweit möglich, sollen sie außerdem die Seitenkreuzflagen.

Schiffahrtsschiffe können an Stelle der Seitenflagge die schwarzweisse Flagge führen.

## Stahlhelm-Kommissar für Oberfranken

Der Führer des oberfränkischen Stahlhelms, Fritz v. Wrede, wurde von der bayrischen Regierung zum Kommissar von Oberfranken für alle Stahlhelmsangelegenheiten ernannt. Der Ortsgruppenführer des Odenwälder Stahlhelms, Oberpostleutnant Gobel, wurde in Schwabach ernannt.

# Wie wir es sehen

Der Reichsrat und die Gleichschaltung

Das Ermächtigungsgesetz für die Reichsregierung bestimmt, daß Reichsrat und Reichsrat als solche erhalten bleiben. Nach allgemeiner Auffassung ist ihre Umbildung durch das gleichgebende Reichsstatut zulässig. Nur die Institution „als solche“ muß erhalten bleiben.

Der Reichsrat als das föderative Organ der staatlichen Willensbildung im Reich ist von den neuen Gesetzen ausserlich betroffen, nicht betroffen worden. Auch wie er besteht und aus Vertretern der deutschen Länder und der preussischen Provinzen. Aber Länder und Provinzen sind jetzt gleichgeschaltet, und diese Gleichschaltung wird durch die bestmögliche Erneuerung der Einzelgüter noch verstärkt. Der Reichsrat ist damit mehr noch als andere Organe seiner inneren Geltungsberechtigung beraubt worden.

Im Weimarer Reich war der Bundesrat der Exponent des Souveräns, denn den Reichsouveränen bildeten damals die verbündeten Regierungen. In der Republik von Weimar war die Fülle der Souveränität der Reichsrat übertragen, und der Reichsrat war eines der hemmenden Elemente in dem funktionellen System der Gewaltenteilung und der Willensbildung durch Kompromisse. In dem heutigen, neu zu formenden Reich hat die Reichsregierung die ausfallgebende Bedeutung. Die Länderregierungen werden nachgeordnete Stellen der Reichsregierung, der Reichsrat kann im großen und ganzen nur ein Echo der Reichsregierung sein. Deshalb ist der Reichsrat kein Faktor mehr. Die regionale Verantwortlichkeit wird im Reichsrat fast vollständig noch wie vor zur Weltung kommen. Aber abgesehen von Fragen des Kulturlebens wird die Verwirklichung der landwirtschaftlichen Sonderart hauptsächlich bei Wirtschaftfragen in Betracht kommen.

Deshalb ist es nicht unangelegentlich, daß künftig eine engere Verbindung oder gar Zusammenlegung mit dem Reichswirtschaftsrat vorgenommen wird. Auch die früheren Reichsreformpläne haben solche Bedeutung erlangen. Das vor kurzem erlassene Gesetz über den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat würde nach dem Reichsrat vollständig noch wie vor zur Weltung kommen. Aber abgesehen von Fragen des Kulturlebens wird die Verwirklichung der landwirtschaftlichen Sonderart hauptsächlich bei Wirtschaftfragen in Betracht kommen.

## Der Reichsgebändnermarschier

So überfließt der italienische Ministerpräsident und Außenminister einen Artikel, aus dem ein Auszug im heutigen Abendblatt veröffentlicht wird. Mussolini ließ sich in ihm in der Hauptsache mit der Kleinen Entente auseinandersetzen, deren einzigen Lebenszweck er in der Opposition gegen jede Revision sieht. Dabei übergeht er geflissentlich den politischen allein ausschlaggebenden Faktor, der die europäische Statusquo-Politik trägt, nämlich Frankreich. Das erklärt sich offenbar daraus, daß man in Rom noch immer die Hoffnung hegt, es könne doch schließlich noch gelingen, Frankreich für den Weltfrieden zu gewinnen — eine Hoffnung, die auf beständig schwächeren Füßen zu stehen scheint. Ebenfalls aber verleiht Mussolini Auslassungen das Ziel, die Kleine Entente, die alles aufgeben hat, um den Abschlus des Rates zu hinterziehen, als in der Stransfer eine friedlichen außenpolitischen Entwicklung hinzuhelfen und vor der Weiterführung ihrer politischen Schlagfertigkeit zu warnen.

Nach dieser Richtung hin bemegt sich Mussolini in Ausführungen und in Bemerkungen, die es an Schärfe nicht fehlen lassen, und die auf jeden der Angehörigen vermuthlich ein ernstes Echo auslösen werden. Der Gegenstand, in dem sich die italienische Politik zur Kleinen Entente verhalten wird, ist in den sie aufnehmend immer tiefer hineingerät, kommt bei allem sehr deutlich zum Ausdruck.

Was markiert die Revision militärisch? Auch die „Times“ bespricht sich heute morgen damit, mit der Geschichte entnommenen Beispielen bei es sich nicht zweifelhafte Zustände zu belegen, daß Verträge keinen Zwangsbestand haben und noch weniger einen Zwangsbestand besitzen. Nun möchte man die Neuerungen des italienischen Regierungsoffiziers nicht gleichfalls mit dem Verfall des Londoner Vertrages, der vermuthlich nur dem eine kleine Revisionsspielräume liefern soll, die die Abhängigkeit der Verbände von der Ratifizierung des status quo nicht sehr bemerkenswertig sind.

Mussolinis Absichten sind sehr ernsthaft, so ernsthaft wie sie vernünftig sind und allein aus dem europäischen Chaos herauszuführen vermögen. Aber Mussolinis Hoffnungen sind wohl doch in etwas propagandistischer Weise überhebt. Die Kleine Entente allein kann die Revision nicht aufhalten, Frankreich und die Kleine Entente gemeinsam aber sind in einer ganz anderen Position. Vom deutschen Standpunkte aus kann man nur immer wieder betonen, daß unsere alte außenpolitische Sorge nicht Revision heißt, sondern Gleichschaltung.

## Mussolini über Revision und Revision

Mussolini behandelt in einem Zeitungsaufsatz die politische Bedeutung der Kleinen Entente und ihre Stellung zum Revisionen. Die Kleine Entente nenne sich heute die „frühe europäische Großmacht“. Aber: ein politischer Welt zwischen drei Staaten langt nicht hin, um eine Großmacht herbeizurufen. Die drei Staaten haben nicht miteinander gemein, weder Rasse — sie leisten sich aus Glauben und Bannern zusammen — noch Sprache, noch Geschichte, noch Religion oder wirtschaftliche Inter-

# Einheitsvertretung der Beamten

Grundsätzliche Einigung der Beamtenverbände — Sprenger Vorsitzender des DDB

Der Leiter der Beamtenabteilung der R. S. D. M. P. Reichskommissar Sprenger hat die Forderung des Deutschen Beamtenbundes übernommen. Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Reichsbund der höheren Beamten haben zu einer grundsätzlichen Einigung über die Eingliederung des Reichsbundes in den Deutschen Beamtenbund geführt. Die Eingliederung wird von Reichskommissar Sprenger im Einvernehmen mit der Vertretung des Reichsbundes höherer Beamter durchgeführt werden.

Mit diesem Beschluß ist die Einheitsvertretung der Berufsbeamten der deutschen Beamten grundsätzlich verwirklicht. Nach einer Entscheidung, die fast hundert Jahre alt ist, hatten sich in der Reichsregierung drei große Verbände der Beamten durchgesetzt. Es waren der Deutsche Beamtenbund mit über einer Million Mitglieder, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund mit etwa 180.000 Mitgliedern, der den freien Berufsbeamten nahestehend, und der Reichsbund der höheren Beamten mit rund 100.000 Mitgliedern. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat vor kurzem seine Auflösung beschlossen, nachdem die angegliederten Verbände zum größten Teil ausgetreten waren. Jetzt wird auch der Reichsbund der höheren Beamten sein Eigenes aufgeben und im Deutschen Beamtenbund aufgehen.

Die Entscheidung ist damit noch nicht abgeschlossen. Der Deutsche Beamtenbund in seiner neuen Form wird zunächst in personeller Hinsicht wesentliche Veränderungen erfahren — Füllung, der frühere Vorsitzende, ist bereits vor einigen Tagen zurückgetreten — es wird ein neuer „Vizepräsident“ gebildet werden, der dann auf darüber zu entscheiden haben wird, welchen Charakter die Fortsetzung der deutschen Beamtenpolitik endgültig erhalten soll. Zunächst sind Änderungen vorzunehmen, die fünf Punkte umfassen: Der Deutsche Beamtenbund will

1. die Verarbeitbarkeit der Reichsregierung mit allen Kräften unterstützen und das Streben nach Schöpfung einer Volksgemeinschaft fördern;
  2. die historische Praxis- und Lebensauffassung des deutschen Beamten auf der Grundlage deutscher Lebenserfahrung pflegen und weiterentwickeln;
  3. die Bedeutung des Berufsstandes als organischen Bestandteil des deutschen Volks- und Staatslebens bei allen Volksgenossen verleben;
  4. alle Stände- und sonstigen Beamten-Fragen initiativ pflegen und vertreten;
  5. die fachliche und staatspolitische Weiterbildung der Beamtenklasse tatkräftig fördern.
- Außer die wichtige Frage ist in diesen fünf Punkten nichts gesagt, nämlich darüber, ob der Deutsche Beamtenbund seinen

wirtschaftlichen Charakter behalten oder zu einer sogenannten Fachschaft umgebildet werden soll. Die ursprünglichen Pläne der Beamtenabteilung der R. S. D. M. P. lagen wohl in der Richtung der Umbildung. Ob sie aufrechterhalten wird, ist noch nicht entschieden. Sieher scheint allerdings zu sein, daß die Fachschaften der R. S. D. M. P. neben dem Deutschen Beamtenbund, gewissermaßen als politische Vertretung der Beamten, bestehen bleiben sollen.

## Der neue Vorsitzende

Der neue Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Oberpostdirektor Jacob Sprenger, wurde am 21. Juli 1884 in Oertrien in der Rheinpfalz geboren. Sprenger ist seit dem Jahre 1902 im Reichsdienst tätig. Er ist seit 1922 Mitglied der R. S. D. M. P. Dem Reichstag gehört er seit 1930 an. Sprenger ist seit langem Leiter der Beamtenabteilung der Reichsleitung der R. S. D. M. P. und Geschäftsführer der nationalsozialistischen Reichsorganisation für Beamtenfragen.

★

Im Zusammenhang mit der Reorganisation des Deutschen Beamtenbundes hat der langjährige Vizepräsident dieses Bundes, Bürgermeister a. D. Paul Scheffler, sein Amt zur Verfügung gestellt und ist in gültigem Einvernehmen ausgeschieden. Scheffler war seiner Sachkenntnis und langjährigen Selbstverpflichtung willen bei Beamten wie Preise allgemein hochgeachtet.

## Der D. S. V. unter neuer Führung

Der Vorsteher des deutschen/italienischen Handlungsgehilfen-Bundes Dr. Selig hat sein Amt niedergelegt. Auf seine Einigung der Gesamterhaltung und des Fortbestandes des D. S. V. wurde Hermann Rikkom, bisher stellvertretender Verbandsvorsteher, im Einvernehmen mit der R. S. D. M. P. zum Nachfolger des Vorstehers bestellt.

Selig legte sein Amt mit einer Erklärung nieder, in der er unter anderem sagte: „Zwischen dem D. S. V. und der R. S. D. M. P. besteht dank der Tätigkeit und Vermittlung unseres Verbandsvorsteher, des Reichsstaatssekretärs Stöhr, das beste Einvernehmen. Die wirtsch. Tradition und die handelspolitischen Leistungen des Verbandes werden wirksam anerkannt. Herr Rikkom hat sich bereits der R. S. D. M. P. angeschlossen, und auch meinem Eintritt steht nichts im Wege. Ich werde ihn annehmen, nicht nur, weil ich die Ziele der Partei selbst anerkenne und an ihrer Verwirklichung teilen mitarbeiten will, sondern weil ich großen Wert darauf lege, meine Handlungsgehilfen in den Mitgliedschaften des D. S. V. noch verstanden zu wissen und vor Missverständnissen zu schützen.“

## Charakter Konflikt Rußland—Mandschurien

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

TOKIO, 10. APRIL

Die Spannung zwischen Mandschurien und Rußland über die Ostchinesische Bahn ist jetzt weiter zu. Die mandschurische Regierung bat an Rußland das Erlaß der gerichtlichen, hundert Kolonnen und mehrere tausend Mann zurückzugeben, die aus der Mandschurien nach Rußland übergeführt worden waren. Die russische Regierung hat dieses Erlaß Mandschurien beantwortet gelassen.

Daraufhin hat nunmehr das mandschurische Innenministerium verfügt, daß die Güter bei dem russischen Grenzort Mandschu aufgegeben werden. Dieser Beschluß ist am Sonnabend durch mandschurische Bahnpolizisten ausgeführt worden. Jeder Frachtverkehr ist damit absolut unmöglich gemacht. Bezüglich der Verträge für Bahngüter und für Post kann weiter durchgeführt werden, da ohnehin bisher schon die Bahngüter auf der Grenzstation anhalten und die Post umgehend wurde.

Falls Rußland eben Einlenken ablehnt, plant Mandschurien weitere Repressalien.

W. Sch.

## Das Gesetz über Titel und Orden

Im Reichsgesetzblatt vom 8. April wird das Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 7. April 1933 veröffentlicht. Es hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Titel, Orden und Ehrenzeichen werden nach Maßgabe dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes ergehenden weiteren Vorschriften verliehen.

§ 2. Titel werden verliehen vom Reichspräsidenten und von den Reichsstatthaltern, in Preußen vom Ministerpräsidenten in Vertretung des Reichspräsidenten. Die Bezeichnung der Titel und die Voraussetzungen, unter denen sie verliehen werden können, sind der Reichspräsident fest. Akademische Grade werden hierauf nicht bestowed.

§ 3. Orden und Auszeichnungen sind die Erteilung von Menschen aus besonderen (Ehrenauszeichnungen) kann nur der Reichspräsident verliehen. Weitere Bestimmungen hierüber sind dem Reichspräsidenten vorbehalten.

Ordenbüchlein werden die Landesregierungen. Ehrenbüchlein werden die Landesregierungen. Die Annahme der Reichspräsidenten verliehenen Auszeichnungen bedarf keiner landesrechtlichen Genehmigung.

§ 4. Der Reichspräsident bestimmt die Voraussetzungen, unter denen ein deutscher Titel, Orden und Ehrenzeichen von einer ausländischen Regierung annehmen darf.

effen. Jeder von ihnen hat in seinen Grenzen beträchtliche politische, rechtliche und wirtschaftliche Interessen.

Die Reichsstatthalter, führt Mussolini aus, besteht nur zu 50 p. S. aus Engländern, Rumänen zu 75 p. S. aus Romanen, Jugoslawen zu 82 p. S. aus Serben. Vom militärischen Standpunkt würde die Kleine Entente nicht überflüssig werden. „Die „frühe Großmacht“ existiert nur auf einem Stück Papier mit politisch-literarischer Tendenz. Die „frühe Großmacht“ ist letzten Endes nicht weiter als die Kleine Entente vor früher, die auf den grünen Tisch gestiegen ist um größer zu erscheinen.“

Die politische Interessen der Kleinen Entente sind sehr verschieden gelagert. Einzelne bestreben nur in dem Willen, ihre Vertragspartner zu schützen. Aber der Revisionen gedankt marschieren und werden stärker je als das nordische Weltmeer ein Protokoll.

Unter Bezugnahme auf seine Adresse an den italienischen Senat vom Jahre 1928 entwickelt Mussolini dann den Gedanken, daß Verträge keinen Zwangsbestand hätten, und daß, wie sich der Revision widersetzen, gegen den Geist des Völkerbundes handle.

## Herriot fährt nach Washington

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. APRIL

Herriot hat sich entschlossen, die Vertretung Frankreichs bei den Washingtoner Besprechungen anzunehmen. Das Datum der Abreise ist noch nicht festgelegt. Wahrscheinlich wird Herriot am 10. April reisen, und zwar in Begleitung eines oder mehrerer Finanz- und Wirtschaftsexperten. Die politischen Interessen der französischen Regierung über die Vertretung an der Wirtschafts-Konferenz formulieren. Auf seine Reise wird er von dem französischen Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, begleitet, der sich sehr plötzlich entschlossen hat, mit dem gleichen Zuge nach Paris zur Verwirklichung zu fahren, den der amerikanische Sonder-Botschafter bezieht.

## François-Poncet berichtet in Paris

Der amerikanische Sonder-Botschafter Roosevelt, Herman Davis, ist gestern nach Paris abgereist, um dort die durch seine Berliner Reise unterbrochenen Besprechungen mit der französischen Regierung über die Vertretung an der Wirtschafts-Konferenz formulieren. Auf seine Reise wird er von dem französischen Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, begleitet, der sich sehr plötzlich entschlossen hat, mit dem gleichen Zuge nach Paris zur Verwirklichung zu fahren, den der amerikanische Sonder-Botschafter bezieht.

Der deutsche Botschafter in Paris, Röhrer, ist gleichzeitig zur Vertretung in Berlin eingeschlossen.





Klubleben im alten England

Von RODERICH FREIHERR VON OMPTEDA

Der Name „Klub“, dessen Ableitung dunkel ist, soll angelsächsischen Ursprungs sein und mit „cleave“ (Niederdeutsch: Liden, sich spalten) zusammenhängen. Die älteste und uralte Klubb-Praxis über eine Gesellschaft „La Court de bonno Compagnie“, deren Mitglieder aus der Wälder Götter war, stammt aus dem Jahre 1413. Von einem anderen Mitglied dieses Clubs, nämlich dem würdigen alten Sirter Devere, wird aus dieser Zeit eine Ode an den damaligen Gutverwalter (Unterhaussekretär des Finanzministeriums) Henri Comber überliefert, die verschiedene Regeln und Gebote der Gesellschaft poëtisch enthält. Auch wird der hohe Beamte erinnert, daß er beim nächsten Dinner am Donnerstag pünktlich den Präsidentenstuhl einzunehmen habe.

Im Jahre 1600 blühte in Broadstreet in der englischen Literatur berühmte Gesellschaft die „Merrymen Tavern“, deren Name Scherzweines Mitgliedschaft unterließ gemacht hat. Aus dem Jahre 1650 wird bereits von einem politischen Klub der „Kots“ berichtet, hier war eine „Balloting Box“. Durch sie entschied man die Befragung wichtiger Fragen. 1669 wurde in der City der „Civil Club“ gegründet. Unter seinen Beamten befand sich auch ein Klubpatron. Noch heute sitzen dort die Stewards auf den alten hochheiligen Armstühlen mit der Jahreszahl 1669.

Eine charakteristische Erscheinung der Londoner Klubb-Praxis ist die vorübergehende Mitgliedschaft. Man wird in den Klubs „geliehen“ aus dem Besonderen einer Straße, die damals noch sehr unruhig waren. Selbst Karossen wurden durch herrliche Straßenräuber und durch die Oefse und Gräben gefährdet. Fußgänger suchten in der Dunkelheit ihren Weg auf den schwach erleuchteten und schlecht gebuchten Fußgänger, die mit schmuggeln offenen Stoffen eingekleidet, von vorringspende Dackelfellen belegen, durch offene Kellertüren unterbrochen, durch schwahe, alte Wächter bedrückt und mit furchigen Gesichtern bedrückt waren, noch schlimmer aber waren die Handen von Goldstücken und Wäffeln, die Angst und Schrecken in den Straßen verbreiteten. Und auch diese gefährlichen Gesellschaften waren wieder in „Klubs“ organisiert. Noch aus dem Jahre 1776 gibt es eine Schilderung solcher betrunkener Tagelöhner, die lediglich aus „Annonimierten“ die Straßen durchstreifen, jebermanns Feinde, „Im ihre Unwissenheit zu erwecken“, folgen sie die Wägen in die Straße und ermorden auch hier und da einen harmlosen Menschen.

Den schlimmsten Ruf unter ihnen erwarb sich in den Tagen der Königin Anna der „Whores-Club“. Diese Gesellschaft bestand aus wilden, jungen Leuten, die sich zu „Straßenfandeln“ jeder Art und in größten Maßstäbe aufzusammeln. Im „Spectator“ Nr. 324 von 1712 sind sie beschrieben als eine Bande Menschen, die ihren Namen von einem indischen Kammliebchen entlehnt haben, der sich von der Plünderung und dem Raubstreifen aller Stationen rund umher ernährt. Der Präsident führt den Titel „Kaiser der Whores“. Sein Wappen ist ein künstlicher Halbmond; diesen trägt die gegenwärtig regierende Majestät in ganz ungewöhnlicher Weise eingestrichelt auf der Stirn. Die Mitglieder ahmen ihn nach, indem sie für sein Opfer ebenfalls täuveln oder deren Gesichter mit ganz neuerfundenen Wänden „zerstehen“. Ihr Hauptloos ist „zu sitzen“ zu sitzen, indem sie ihren Fuß zunächst nach vorne, die Augen und die Nase nach hinten und dann nach unten in einen allgemeinen Aufsal und greifen jeden an, der ihnen in den Straßen begegnet. Eingetriben werden niedergebunden, andere gefesselt, andere geschnitten und gehaft, „carbonadist“.

Dieses war das Verhalten der „Barrenmacher“, „Tanzmeister“ nannten sich diejenigen, welche ihre Schüler Aufspringe lehrten, indem sie ihnen mit der Gegenpartei ihre Hände schlugen. Die „Straßensucher“ waren Frauen auf der Straße oder festen sie in Häuser und rollten sie Quoten still hinab. Die „Schwäger“ arbeiteten zu einem halben Duzend gemeinschaftlich, indem sie ihre Opfer zwischen die Gegenpartei nahen.

Ein hervorragender Klub war infolge seiner politischen, literarischen und sozialen Wirksamkeit der in England unversenkliche „A. S. C.“ (The Athenaeum Club). Der inborende Name leitete sich von dem Wort her, in dessen Vau der Klub sich behauptete verformte. Es war ein Plattenbild der Götterpöbel (Mit) Klub. Seine Gesamtpolste bildete stets das Stammgericht bei allen Klubbessen. Er wurde etwa um das Jahr 1700 gestiftet und bestand aus 99 Aoblemen und anderen Männern von Stellung und Namen, fämlich einer Ehrenbürger der Erdlöse des Hauses Hannover.

seiner Klub und das Hauptquartier der Jakobiten. Der „Cocoa Tree“ beherbergte damals und noch voranige Jahre später eine der berühmtesten Spielhöhlen. Spätere Maßpole ergäbte, daß dort einmal in einer Party 1200 000 Pfund Sterling (2 400 000 000) verloren wurden. Mr. O'Brien, ein früherer Spieler, genannt von einem jungen Mr. Harvey, der grade vollständig geworden war, 100 000 Pfund Sterling. „Die Können Sie ja doch niemals bezahlen“, sagte O'Brien. „Wenn ich bitte Sie! Mein Besitz ist die ganze Summe wert, aber ich ihn verlaufe“, erwiderte Harvey. „Ich will nur 10 000 Pfund gewinnen“, erklärte der Irlander edelmütig. „Für die restlichen 90 000 Pfund können Sie noch einmal wärfeln.“ Sie taten es. Und diesmal gewann Harvey.

Im vorigen Jahrhundert und namentlich in besten zweier Hälfte — der sogenannten „guten alten Zeit“ unserer Großväter — beherbergte und ruinierte der Zusehler des Pokerspiels die gesamte höchste Gesellschaft Europas. Der Maßstab für das Pokerspiel war damals so unfinnig hoch, daß Mr. Thymne aus dem Klub austrat, weil er in den letzten zwei Monaten nur 240 000 Mark gewonnen hatte. Zehn Herren, eben vollständig, verloren in einer Nacht 200 000 bis 400 000 Mark. Er wurde meistens nur mit Rufen von 1000 Mark gestiftet.

Die „Beneficial Society“ entstand bereits 1782 und erlosch im 1800. Ein feinerer berühmter Komit von „Coventgarden Theatre“ namens Nish, wurde häufig von einigen vornehmen Herren besucht, die an seinem Studium und an seinem Wohl Gefallen fanden. Einiges Sages lag der Graf von Peterborough bei ihm und vermaß über der Unterhaltung die Gefessenen. Er räumte ein, jedoch welche sich pünktlich. Während des Gesprächs bedachte Nish seinen Tisch, sagte sein Kammerdiener an und briet mit

großem Ernst auf seinem kleinen Sandstoffs sein Bestreben. Das Gericht bußte so herzlich, daß Lord Peterborough der Einladung, es zu teilen, nicht widerstehen konnte. Ein zweites Mal, nach bei einigen Freunden guten Abweines, ließen die beiden Tischgenossen bis spät in der Nacht beisammen. Der alte Herr fand das fest so ausnehmend nach seinem Geschmack, daß er am nächsten Sonnabend mit einigen Freunden wieder kam, „nützige Köpfe und Lebemann“. Hieraus entwickelte sich ein regelmäßiger Sonnabendklub, dessen Spielgeld jedoch streng auf Bestreit, Fortwein und Strafpflicht bedürftig blieb. Die Zusammenkünfte fanden in verschiedenen Räumen des „Coventgarden Theaters“ statt. Die Zahl der Mitglieder blieb 50 Jahre lang streng auf 24 beschränkt. Erst als der Prinz von Wales (später Georg IV.) im Jahre 1755 eintratreten wärfelte und es absahnte, Ehrenmitglied zu werden — er wollte als vollqualigster Lebemann, nicht als Prinz dort erscheinen —, wurden 25 Mitglieder zugelassen. Ein Wunder wäre es gewesen, wenn die ungeliebte englische Geizgierigkeit des 18. Jahrhunderts sich nicht auch in der Klubbübung geltend gemacht hätte. Es gab „eine“ „Lager Klubb“, hier wurde jede nachhafte Änderung mit einer Oelone Weisheit abgelehnt. „Angeleit Klubb“, einen Klub der „Säffigen“, der „Rafelosen“, der „kleinen Männer“, der „langen Männer“, der „Schmerzhaften“, der „Algeren“, der „durchgefallenen Damenfreier“, der „Wollentzen“, von denen jeder seinen Namen getötet haben mußte.

Obne Zweifel hatte das zehnte Leben der „E. I. G. Klub“. Er bestand aus einem 100 Mitglieder, welche die 24 Stunden des Tages so unter sich einteilten, daß der Klub stets verformt war. So traf jedes Mitglied zu jeder Stunde seiner Gesellschaft an. Auf dem Präsidentenstuhl fand niemals eine Beschlusse statt. Selbst als während des „großen Feuers“ 1666 das Haus des Klubs in die Luft gesprengt werden sollte, weigerte sich der Steward, seinen Klub ohne einen formellen Klubbefehl zu verlassen. Im Jahre 1700 war der „Gänge Klub“ bereits 50 Jahre alt. Bei dem Jubiläum kam in Frage, ob die Sitzung noch ferner fortzuführen soll. Man beschloß nach langer Debatte „auch das nächste Jahrhundert hindurch zu sitzen“.

Der Fremde | Von ANNA MARIA JOKL

In einem Sommerlodge landete auf einem weiten Felde, in der Nähe der großen Stadt, ein eigenartiges Gebilde. Es schien so etwas wie eine riesengroße blinkende Angel zu sein. Die fischig einige Male wie ein schwerer elastischer Ball auf dem Boden auf und blieb dann stehen. Erst jetzt wagten sich einige Leute heran, die dem Herabgehenden der Angel ausgehen hatten. Es waren das einige Bauern, die am Ende des Feldes gearbeitet hatten, und dann noch ein Herr aus der Stadt, der aufnehmend auf der Landstraße gegangen war. Wie riesen aufgeregt durcheinander. Und als die Angel stehengeblieben war, liefen die Leute umherbarn.

Die Angel stufen aus einem Metall zu bestehen, das bläulich piegelte. Es war vollkommen rund und ohne Öffnung. Da nichts neues an ihr zu entdecken war, fanden die Leute fastingslos davor und berieten, was zu tun sei.

Da ahnete sich wie durch ein Wunder die Angel an einer Stelle, das dann sprang eine teurende Öffnung entstand, wurde größer, bis hinlang ein Mann durch diese Öffnung. Zu man konnte ihn als Mann begreifen, aber er sah auch wieder anders aus als die Umstehenden, die ihn verumt anforterte. Er war größer als sie, das Gesicht fast dunkelbraun, mit eigentümlich starken grünblauen Augen. Er schien sich wie eine Schlange zu bewegen. Dieser Eindrud wurde noch verstärkt durch seinen Anbau, der wie am Körper angeheftet erschien. Er war aus dem demselben Metall, aus dem auch die Angel bestand. — Der eigentümliche Mann schaute einen Augenblick zum Himmel hinauf, der von Wolken bedeckt war, dann aber sah er sich um. Waslos erkannte er merkte er die Leute, die wie versteinert dastanden, und ging mit seinem merkwürdig schweren Schritt auf den Herrn zu. Der prallte merkwürdig zurück, als der Fremde seine fast blaugrünen Augen auf ihn richtete, sagte sich mit beiden Händen an die Schläfen und hörte den Fremden reden. Konnte aber nichts verstehen. Die Bauern fingen gespannt zu. Da begann der Herr, immer noch die Hände an den Schläfen, mit seiner eckigen, weichen in einem Schel. Es kamen aus der Angel, scheinbar über die Wände, Dämpfe heraus, so daß sie noch einigen Sekunden nicht mehr zu sehen war. Ueber der ganzen Wiese lag ein leichter Schlier. Der Fremde hörte wieder vor sich hin. Jetzt hörten auch die Bauern ein leichtes Pöppelgeräusch, das sich rasch verstärkte. Niemand sah noch ein Serolion vor sich.

Der Fremde hochte mit einem Male gespannt auf, hielt seine Hand waagrecht über den Boden und sah die Bauern an. Die schauten um sich, bemerkten aber nichts. In einer eigenartig lauchenden Haltung ging der Fremde mit schweren Schritten, als ob er Gewichte an den Füßen hätte, auf seine Angel, welche immer in einem Schel. Es kamen aus der Angel, scheinbar über die Wände, Dämpfe heraus, so daß sie noch einigen Sekunden nicht mehr zu sehen war. Ueber der ganzen Wiese lag ein leichter Schlier. Der Fremde hörte wieder vor sich hin. Jetzt hörten auch die Bauern ein leichtes Pöppelgeräusch, das sich rasch verstärkte. Niemand sah noch ein Serolion vor sich.

drängten: „Ich habe in der Universität angereufen, ein Professor für fremde Sprachen ist schon unterwegs hier.“

„Tägliche Morgenzeitung“  
Zu unserer gestrigen Meldung im Abendblatt über die Landung der geheimnisvollen Metallfing in der Nähe der Stadt können wir folgendes berichten: Herr Professor E. von der Universität, der sofort nach der Landung herausgerufen wurde, forderte den Fremden auf, mit ihm nach der Stadt zu kommen, um die Fremde moigt augenblicklich bei Professor E. der sich bemüht, auf Grund seiner Kenntnis von 27 Sprachen, sich mit dem Fremden zu verständigen. Er kann sich dieser Aufgabe widmen, da er in den nächsten Tagen den Lehrstuhl an der Universität aus Staatshausstellen auf gibt. — Die Verständigung war bisher nur in sehr engen Rahmen möglich, da der Fremde keine der bekannten Sprachen spricht. Er scheint sich aber auch größte Mühe zu geben, eine Verständigung möglich zu machen. — Verlässig haben die Herren von der Universität, aus Passionsforscher und Herren von der Technik vor einem Klubb.

„Welt des Arztes“  
Wir konnten am dem Wägen der geheimnisvollen „Flouen Angel“ einige merkwürdigen Eigenschaften feststellen: Er reagiert mit außergewöhnlicher, ja bisher noch nicht beobachteter Geschwindigkeit auf plötzliche Erdzitterungen, Gefahren usw. Es scheint, daß er je bereits im Augenblick des Entstehens wahrnimmt und seine Instinktiven Abwehrmaßnahmen trifft. Er nimmt Gewichte wahr, die wir erst viel später hören. Er scheint auf Grund dieser seiner Fähigkeiten fast zu verstehen, d. h. es handelt sich wohl um eine Gedanken- und Bewegungsübertragung, denn seine Lautbildung soll, nach Aussage von Prof. E. vollständig verstanden sein von allen bekannten Sprachen. — Eine merkwürdige Erscheinung soll nicht verzeihen sein. Wir haben an jedem von uns, der mit dem „Fremden“ zu tun hatte, eine Wäktion festgestellt, die sich noch verstärkt, wenn er jemanden anblickt. Es wirkt sich wie eine Elektrifizierung aus und hinterläßt eine starke Erregung. Besonders im Anfang tritt sein Blick wie Einschaltung elektrischer Stroms in den Körper. Die Unterredung ergab aber nur, daß seine Pupillen um ein Drittel größer sind als unsere. Wir werden die Ergebnisse der Untersuchung weiter veröffentlichen. Vorläufig stehen wir vor einem Rätsel.

„Zeitschrift für Aeronautik“  
Wir beschäftigen gestern die eigenartige „Blau Angel“, die der Fremde vor drei Tagen landete. Wir hatten in ihm einen überlegenen Führer, wennschon noch sehr viele unklar ist, da wir ihn ja nicht verstehen, er aber aufnehmend unsere Beobachtungen entgegenkommen ergab. — Es handelt sich um ein vollkommen tagesgestimmtes Gebilde aus Metall. Der Wäktion dieser Wäktion haben wir fremd gegenüber, sie scheint ungeheuer einfach, aber uns vollkommen unverständlich.











Kreditstillung der Reichsbank

Abnahme der Goldbestände

Der Anweis der Reichsbank vom 7. April weist diesmal sehr wesentliche Veränderungen auf, weil zwei Sondermomente, die Jahresabschlussbilanzen auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbeiträge von vorigem Freitag und die Tilgung des der Reichsbank seitens der Bank von Frankreich gewährten Rückkreditris in Höhe von 175 Mill. Doll. dazu zu berücksichtigen sind. Zu den Abschlussbuchungen gehören die durch Abschreibungen hervorgerufene Wertminderung auf dem Effektenkonto, die Erhöhung des gesetzlichen Reservefonds und die Erzeugung der sonstigen Rücklagen.

Die Kreditstillung in Höhe von 73,5 Mill. RM — die laufende Woche wird vermutlich die Rückzahlung an die drei übrigen Goldgeber der Reichsbank insgesamt mit dem dreifachen Betrag mit sich bringen — im wesentlichen für die Bestandsverminderung der Deckungskosten um 80,2 Mill. RM verantwortlich zu machen. Ein Teilbetrag von etwa 5,2 Mill. wurde durch die private Wirtschaft in fremden Wälu ten absorbiert, und zwar vermutlich noch im Zusammenhang mit den am 1. April fälligen deutschen Kupons auf im Ausland abgesetzt befindliche deutsche Anleihe und Pfandbriefe.

Table with 4 columns: Aktiva (in 1000 RM), 7. April, Veränderung gegen die Vorwoche, 9. April. Rows include Goldbestand, Silberbestand, Deckungsbilanz, etc.

Unter den sonstigen Passiven ist die direkte Auslandsschuld der Reichsbank vermindert. Der Rückgang von 197 Mill. entspricht somit einer Abnahme der Reservefonds um etwa 98 Mill. auf den nunmehr teils in Reserve gehaltenen, teils an Reich und Anteilseigner ausgeschütteten Bruttoertrag, mit dem die Reichsbank die Kosten. Bei der Bestandsveränderung der sonstigen Aktiven die den treuhänderisch für die Auslandsgläubiger der Reichsbank hinterlegten Block an Handelswechseln enthalten, ist ebenfalls die Kreditrückzahlung zu beachten.

Ein Wechselbetrag in Höhe von 73,5 Mill. wurde frei und dem allgemeinen Wechselportfeuille der Notenbank wieder eingegliedert, so daß sich die Bestandsveränderung auf dem Wechselkonto (einstufig der Reichsschatzwechsel aus dem Diskontgeschäft auf eine Minderung um 29 Mill. beschränkt. Da 14,1 Mill. Rentenbankcheine in die Kassen der Reichsbank zurückgestellt sind, kann man annehmen, daß das Reich den größten Teil seines zum Ultimo in Anspruch genommenen Betriebskredits wieder zurückgezahlt hat. Die Rückzahlung veranlagte man auf etwa 52—53 Mill. RM.

Nachdem man diese Sonderbewegungen herausgeschält hat, ergibt sich als effektive Reichsbankentlastung der ersten Aprilwoche nur ein Betrag von 46 Mill. RM, aus der bereits erwähnten Veränderung des Wechselkontos und der Abnahme der Lombardkredite um 137,6 Mill. RM, der die Abhebung vorzugsweise von den privaten Girokonten im Umfang von 121 Mill. RM, die Reichsbank durch die Kreditrückzahlung des Reiches und den Divisendebit der Wirtschaft hin, so erhält man eine Entlastung von etwa 110 Mill. RM.

Die gesamte Zahlungsmittelumlauf hat sich etwa entsprechend um 136 auf 5489 (Vormonat 5332, Vorjahr 6000) Mill. RM verringert. Im einzelnen sind neben 87,47 Mill. Reichsbanknoten 5,25 Mill. Noten der Privatnotenbanken, 14,1 Mill. Rentenbank und 2,1 Mill. Scheinnoten zur Reichsbank zurückgefloßen, so daß sich die Bestände der Reichsbank an Hartgeld auf 200,25, an Rentenmark auf 197 Mill. erhöht haben.

Daß sich die Entlastung nach Ultimo nicht stärker hat durchsetzen können, hängt mit Saisoninflüssen zusammen. In der nächstnächsten Woche dürfte die Gewinnzusammenfassung an die Reichsbank und die Entlastungsprozess beschleunigen. Die gesetzliche Deckungssatz der Reichsbanknoten hat sich von 23,7 auf 22,0 pCt. verringert; unter Anschauung der noch bestehenden Anstandsverbindlichkeiten erhöhte sich die Quote auf 10,4 (10,0) pCt.

Dr. Schacht bei der B. I. Z.

BASEL, 10. APRIL

Die heutige Sitzung des Verwaltungsrates der B. I. Z., Basel, Basel, gewann Interesse durch die Mitteilung, daß der zum ersten Male der neue Präsident der Reichsbank teilnimmt. Dr. Schacht hatte sich, bevor er nach Basel fuhr, in Badenweiler aufgehalten, wo er an Sonntag den 6. April die Bank von England, Montagu Norman, hatte. Die beiden Notenbankpräsidenten erörterten eingehend die finanzielle Weltlage, die Devisen-, Kreditprobleme, und haben dadurch eine engere Zusammenarbeit zwischen den deutschen und englischen Kreditinstitutionen an.

Am Sonntag stattete Dr. Schacht dem Präsidenten der B. I. Z., Dr. MacGarrath, einen Besuch ab und nahm — gemeinsam mit Baron von Schroeder, dem Nachfolger Dr. Melchioris, und Geheimrat Rensch — an der üblichen Vorberatung der Notbankbank teil. Dr. Schacht unterstützte die sehr lange dauernde, faden die Ausführungen Dr. Schachts über die gegenwärtige Lage der Reichsbank und über die Gründe der Rückzahlung des Rückkreditris der französischen Notenbanken einen Interessen. Dr. Schacht unterstützte nochmals den festen Willen der Reichsbankleitung, die Markwährung zu verteidigen. MacGarrath, der die Sitzung heute eröffnete, begrüßte als neuen deutschen Delegierten. Der Verwaltungsrat nahm von

dem Rücktritt Dr. Melchioris Kenntnis und prüfte den Jahresabschluss, zu dem sich die einzelnen Mitglieder bei zu Generalversammlung noch schriftlich äußern werden. Es wurde ferner die Rückzahlung des an die Reichsbank gewährten Betriebskredits festgestellt, wobei die gegenwärtige Situation verurteilt wurde. Die Bank eine weitere Schrupfung erfährt. In den letzten Monaten hat die B. I. Z. keine neuen Transaktionen vorgenommen, im Gegenteil, der Rückzug englischer und französischer Sichteinheiten im Betrag von mehr als hundert Millionen Fres. im letzten Monat hat zu einer entsprechenden Verminderung der Anlagen der B. I. Z. geführt. Es müsse bereits Personal entlassen werden. Der Verwaltungsrat stimmte schließlich der Proklam

gation der demnächst fälligen Kredite für Österreich und Ungarn auf weitere drei Monate zu, nachdem die beteiligten Notenbanken bereits vorher ihre Genehmigung erteilt hatten.

Der Verwaltungsrat nahm sodann die Neuwahl eines Vizepräsidenten vor. Er soll, wie schon im letzten Monat, zum neuen Vertreter Dr. Melchioris freigewordene Amt mit dem Gouverneur der holländischen Notenbank, Dr. Trip, besetzt. Der andere Vizepräsident, der Italiener Benduce, bleibt im Amt.

Rücktritt des Gouverneurs der rumänischen Notenbank? Der Gouverneur der rumänischen Nationalbank, Angelos, soll nach einer Meldung der „Donnerstag“ seinen Rücktritt erklärt haben, und zwar im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Konversion landwirtschaftlicher Schulden, der zu Differenzen mit der Regierung geführt habe.

Auflockerung der Hapag-Lloyd-Union

Programatische Erklärungen aus Hamburg und Bremen

BREMEN, 10. APRIL

Der enge Interessengemeinschaftsvertrag zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie ist neuerdings der G.V. des Norddeutschen Lloyd als besonderlicher Widerspruch genehmigt wurde. Das geschah aber nur deshalb, weil die sehr starke Bremer Gegenmeinung eingeschoben hatte, daß eine Opposition in der G.V. zwecklos sei würde. In der Zwischenzeit haben sich die Kreise ersetzt die der Ansicht sind, daß eine besterzielte konzentrierte Zusammenballung der Großschiffahrt ungesund und der Zusammenschluß Hapag-Lloyd für Bremen nicht von Vorteil ist.

Der Norddeutsche Lloyd hat aus ähnlichen Erwägungen heraus der „Neptun“ und der „Argo“ ihre selbständige Arbeitsbasis zurückgegeben, weil diese Gesellschaften sich im Laufe der Jahre ihren eigenen Kunden- und Freundeskreis gebildet hatten, der nicht völlig und ohne weiteres mit dem fusionierten größeren Gebilde überzugehen war.

Die wachsende Einstellung für eine Lockerung oder Lösung der Union Hapag-Lloyd hat nun in der Bewegung aller Dinge der nationalen Revolutionsbewegung einen für ihre Durchführung gefunden. Auch der Bremer Senatpräsident Dr. Markert hat sich mit diesen Fragen befaßt und in einer Ansprache an die Vertreter der Bremer Wirtschaft im „Club zu Bremen“ erklärt: Für den Wiederaufbau der Schiffahrt brauchen wir auf eigenen Füßen stehende Reederei. Die konzentrierte Bindung der Initiative der Reederei ist ungesund und wird es immer bleiben. Der starke Beifall, der diesen Worten folgte, ließ erkennen, daß viele Kreise der bremischen Wirtschaft die gleiche Besorgnis der Unzulänglichkeit der Freisetzung der Initiative des Reeders haben.

Der Weg für diese übereinstimmenden Willen von Wirtschaftskreisen und Regierungskreisen kann heute rasch ge

funden werden. Die Bindungen zwischen Hapag und Lloyd sollen wieder gelöst werden, zum mindesten aber so weit aufzulösen, daß sich eine eigene Betriebsgemeinschaft nicht mehr gesprochen werden kann.

In Verbindung mit der Tatsache, daß der frühere Lloyd-Generaldirektor Gläsel zu staatswirtschaftlichen Beratungen von Schiffahrtfragen mit herangezogen worden ist, verlannte, daß Generaldirektor Gläsel in die Lloyd-Verwaltung zurückkehren werde, doch scheint es sich hierbei um Absichten zu handeln, daß zur Zeit jedenfalls unbegründet ist.

Dazu meldet unser Hamburger Korrespondent: Vor einigen Wochen hat ein nationalsozialistisches Mitglied der Hamburger Bürgerschaft in einer öffentlichen Versammlung erörtert, daß der Nationalsozialismus bei einer Betrachtung und Behandlung der deutschen Schiffahrtsprobleme in erster Linie bewußt darauf hinarbeiten werde, die großen Konzerngebilde aufzulockern. Inzwischen hat der Hamburger Bürgermeister Krogmann selbst die Initiative ergriffen und sich aus Fachkreisen Vorschläge zur Gesundung der Reedereien vorlegen lassen.

Diese Worte aus Hamburg und Bremen sind so aufschlußreicher für die Absichten, als auch gleichzeitig von herablicher Stelle in Hamburg darüber gesprochen worden ist, daß in friedlicher Weise an die Anteile der Hamburger und Bremer Schiffahrtsinteressen herangegangen werden müsse. Wenn auch die in Hamburg und Bremen ausgearbeiteten Vorschläge vorläufig eingehalten werden, so zu vermeiden, daß Sonderinteressen vorzeitig geltend gemacht werden, so konzentriert bereits mit Sicherheit ammen, daß es sich bei den Maßnahmen zur Gesundung der deutschen Seefahrt um eine grundlegende neue Orientierung der Schiffahrt handeln wird.

I. H. K. für Go'dwähnung

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat sich unter dem Vorsitz von A. Frowein-Eiberfeld zu seiner regelmäßigen Frühjahrstagung versammelt. Hauptpunkt der Beratungen war die Bericht der Internationalen Handelskammer für die Weltwirtschaftskonferenz. Der Verwaltungsrat beschloß, den Bericht über die Lage der Weltwirtschaft für die Registrierung einzubringen auf politisches Gebiet die Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und der Wiederkehr des Vertrauens zu ergreifen.

Sache der Weltwirtschaftskonferenz sei es, eine Bewegung der Weltwirtschaft zu gründen, die zu einer Weltwirtschaft zu führen, und zwar dadurch, daß die Bedingungen geschaffen würden, unter denen diese Währungsstandard zufriedenstellend arbeiten können. Die Durchführung der Währungsreform sei eine der Voraussetzungen, die nicht nur wichtig für die Abschaffung der Beschränkungen des ausländischen Devisenverkehrs sei, sondern von deren Erfüllung auch die Besetzung der Handelsmissionen und die Senkung der Zollschranken abhängen.

5000 USA-Banken geschlossen. Schatzsekretär Woodin hat den Chicagoer Fabrikanten Comings als Bundeskommissar für die Liquidierung der geschlossenen Banken ernannt. Die Gesamtzahl der geschlossenen Banken beträgt ungefähr 5000 mit Milliarden Dollar Depositen. Von den geschlossenen 5000 Banken sind 2000 Banknoten, Reservensystem mit Depositionen in Höhe von 26 Milliarden Dollar; 7000 Banken sind nicht Mitglieder des Reservensystems, ihre Depositionen werden mit 10 Milliarden Dollar bewertet.

Wetter-Emission des Istituto Mobiliare. Die dritte Obligationenemission des Istituto Mobiliare Italiano im Betrag von 250 Millionen Lire mit neunjähriger Laufzeit ist, wie der „Vossischen Zeitung“ gemeldet, sehr gut abgelaufen. Die Emission wurde durch die Aufgabe darin besteht, der Industrie mittelfristige Kredite zu beschaffen, weitere 50 Millionen 4 1/2 pCt. Obligationen mit nur einem Wert von 70,8 Mill. Lire, die von den Banken fest übernommen wurden.

Größerer Außenhandels-Umsatz der Schweiz. Der wertmäßig Gesamtumsatz des schweizerischen Außenhandels hat sich im März gesteigert. An dieser Umsatzsteigerung hat sich auch die Einfuhr beteiligt, die eine Höhe von 142,3 Mill. sfr erreicht hat und gegenüber dem Vormonat um 29,5 Mill. sfr gestiegen ist. Die Ausfuhr ergab einen Wert von 70,8 Mill. sfr, was gegenüber dem Februar eine Abnahme von rund 1 Mill. sfr bedeutet. Der Passivsaldo des Außenhandels ist auf 49,6 Mill. im Februar auf 7,1 Mill. gesunken.

Internationale parlamentarische Handelskonferenz in Rom. Wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. meldet, findet vom 19. bis 23. April in Rom eine internationale parlamentarische Handelskonferenz statt, der alle Kulturnationen vertreten sind. Die Delegation des

Deutschen Reiches wird geführt vom Reichsstatistikpräsidenten Goring, gehören außerdem die Abg. Kappeler (Natzso), Prof. Dessauer (Ztr.), Graf von Quadt zu Wykrad und Isny (B. Vp) und ein Deutschnotendirektor. Die Teilnehmerliste ist bereits mit Sicherheit ammen, daß es sich bei den Maßnahmen zur Gesundung der deutschen Seefahrt um eine grundlegende neue Orientierung der Schiffahrt handeln wird.

Verhandlungen Adu-Courtaulds

über die British Enka

In der G.V. der British Enka Artificial Silk Co. teilte der Aufsichtsratsvorsitzende mit, daß zwischen der Adu und Courtaulds Ltd. seit langen Verhandlungen über eine Reorganisation der gemeinsamen Interessen und eine Vereinigung der beiden Betriebe in der Form einer gemeinsamen Märkte im Gange seien. Die Veranlassung sei die scharfe Konkurrenz in der ganzen Welt und insbesondere der drohende Wettbewerb aus dem Fernen Osten, wodurch die großen Kunstseideproduzenten gezwungen würden, Mittel und Wege zur Konsolidierung der Lage zu suchen.

Die erstrebte Vereinbarung würde, falls sie zustande kommt, die Übertragung der Kontrolle der British Enka Artificial Silk Co. von der legemene, die Adu und Courtaulds zur Folge haben. Der Aufsichtsratsvorsitzende teilte mit, daß Bemühungen im Gange seien, um im Falle der Durchführung der Fusion der Adu und Courtaulds eine einheitliche Aktionäre zu sichern, und stellte eine baldige Erklärung über die geführten Verhandlungen in Aussicht.

Stöhr für 3 Monate beschäftigt. Die G.V. der Kammergarnspinnerei Stöhr AG. in Leipzig setzte, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Leipzig gemeldet wird, die Dividende auf 5 pCt. fest. Der Vorstand führte in seinem Bericht aus, daß der Auftragsbestand für drei Monate Beschäftigung sichere bei allerdings schwachen Preisen. Die Exportquote betrage 67 bis 69 pCt. des Auftragsbestandes. Auch hier sind die Preise verlustbringend. Von den ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern wurden wiedergewählt Staatsminister a. d. R. Max Gutknecht, Kommerzienrat Erdt Petersen, Leipzig, und Hofrat Weber, Köthen. Dem Aufsichtsrat wurde vorbehaltlich seiner Zustimmung hinzugewählt Bankdirektor Dr. Carl Schilling, Leipzig, und Hofrat Weber, Köthen. Als Ersatz für ausgeschieden ist Dr. h. c. Paul Millington-Herrmann, Berlin (DD-Bank).

Belegung des Londoner Emissionsgeschäftes. Die Neuemissionen auf dem Londoner Kapitalmarkt haben sich im März 1933 auf 17,750 Millionen Pfund erhöht. Im ersten Viertel des Jahres beliefen sich die Neuemissionen auf 28,95 gegen 27,00 Mill. Pfund im Vorjahr, 45,39 Mill. im ersten Quartal 1931 und 89,46 Mill. Pfund im ersten Quartal 1930.





